

5. Fazit und Ausblick

Es galt in dieser Arbeit, anhand der um die »harkis« geführten Diskurse seit Beginn der Fünften Französischen Republik herauszuarbeiten, wie sich der Kolonialismus auf das Nationenverständnis in Frankreich auswirkte, und zwar weit über die Dekolonisation hinweg. Im Zentrum des Forschungsinteresses lag dabei die Frage, wie unterschiedliche Akteure in den von einem komplexen Beziehungs- und Interessensgefüge geprägten Diskursen das Ideal des Universalismus interpretierten und wie sich koloniale Denkmuster mit den verschiedenen Lesarten des Universalismus verbanden. Welche Akteure orientierten sich an der universalistischen Idee und waren darin interessiert, die »harkis« nach dem assimilatorischen Ansatz in die Nation zu integrieren? Wie füllten diese Akteure diesen assimilatorischen Ansatz aus? Befürworteten sie ein Zusammenspiel von Gleichbehandlung und Angleichung oder fanden sich in ihrer Vorstellung von Assimilation im Kolonialismus begründete inegalitäre Lesarten einer zivilisatorischen Rückständigkeit der indigenen Bevölkerung und somit der Hilfssoldaten und deren Familien wieder, wodurch die Vorstellung der Assimilation als vollständige kulturelle Absorption in den Vordergrund rückte und das Prinzip der Gleichbehandlung an Bedeutung verlor? Rückten Akteure gar von dem universalistischen Ideal der Integration ab und bedienten sich in ihrer Argumentation Motiven des differentialistischen Rassismus, um die Hilfssoldaten und deren Familien aus der Nation auszuschließen?

Hierzu wurde untersucht, inwiefern die untersuchten Gruppenakteure die »harkis« als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik ansahen und inwiefern diese sich selbst als solche fühlten. Um nach dem universalistischen Ideal als gleichberechtigte Bürger der Republik zu gelten, müssten die Hilfssoldaten in vollem Maße mit den gleichen Rechten ausgestattet sein und der Angleichungsprozess müsste so weit vorangeschritten sein, dass sie nicht mehr als separate Gruppe zu erkennen sind¹. Die Analyse der Diskurse um die »harkis« offenbarte, dass es 1958 koloniale Akteure waren, die nach außen vorgaben, die Hilfssoldaten als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik anzuer-

1 BRUBAKER, Ethnizität, S. 169–171.

5. Fazit und Ausblick

kennen. Mitglieder des Kolonialmilitärs ebenso wie europäische Siedler und die kolonialbefürwortende extreme Rechte in der Metropole blendeten die koloniale Situation in Algerien aus und deklarierten die Hilfssoldaten zu Bürgern und Soldaten der Französischen Republik. An diesem Topos hielten diese Akteursgruppen über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus fest. Die Dekolonialisierung stellte in ihrem Diskurs diesbezüglich keinen Bruch dar. Dem 1958 begründeten Topos blieben sie während der Debatten um die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich ebenso treu wie in den kontroversen Debatten um den Algerienkrieg und um die koloniale Vergangenheit Frankreichs. Diesem Motiv folgend hatten sich die Hilfssoldaten für diese Akteure auf doppeltem Wege das Recht auf die französische Staatsbürgerschaft gesichert, zum einen dank des *ius soli* als Einwohner Algeriens, das sie staatsrechtlich als integralen Bestandteil der Republik interpretierten. Zum anderen galten die Hilfssoldaten als »Français par le sang versé«. Die genannten Akteure werteten das Engagement der Hilfssoldaten in der französischen Armee als bewusste Entscheidung für die Republik, so dass die Hilfssoldaten diesem Topos folgend durch den Kampf in der französischen Armee und die Bereitschaft, für Frankreich ihr Blut zu opfern, ihr Recht auf die französische Staatsbürgerschaft erkämpft hatten. Damit einhergehend unterstellten die kolonialen Akteure den Hilfssoldaten einen Willen zur Assimilation im Sinne einer kulturellen Absorption und deklarierten sie somit zum Sinnbild des Ideals der universalistischen Republik.

Die kolonialkritische Linke dagegen sah Algerien nicht als integralen Bestandteil der Französischen Republik an, sondern als Kolonie. Der Kolonialismus galt in der antikolonialen Linken als Unterdrückungssystem und als Bedrohung für das universalistische Ideal der Republik. Kolonialkritische Intellektuelle traten für das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein, weshalb sie den Unabhängigkeitskampf des FLN unterstützten. In Algerien existierte dieser Vorstellung folgend eine algerische Nation, die die Kolonialherren unterdrückten. Die kolonialkritischen Akteure sahen den FLN als Kopf einer geeinten algerischen Nation. Die Hilfssoldaten waren demnach für sie nicht Bürger der Französischen Republik, sondern Algerier, die als Verräter und Kollaborateure den Unterdrückungskampf der Kolonialherren unterstützten, statt für die Freiheit der algerischen Nation zu kämpfen. Fanon lieferte die theoretische Grundlage für diesen Topos. Er ging von der These aus, die durch die koloniale Unterdrückung zu »sous-hommes« degradierten Kolonialisierten müssten sich durch die Beteiligung am Unabhängigkeitskampf auch mental dekolonialisieren, um ihr Menschsein zurückzuerobern. Die »harkis«, die diesen Schritt nicht getan hatten, blieben dieser Theorie folgend im Stadium der »sous-hommes«². Nur wenige Kolonialkritiker brachen im Zuge der Dekolonia-

² FANON, Les damnés de la terre, S. 215.

lisierung mit diesem Topos. Die Mehrheit betrachtete die Hilfssoldaten auch nach deren Flucht vor den in Algerien einsetzenden Racheakten nicht als französische Staatsbürger. Sie grenzten die Hilfssoldaten, die sich in Frankreich niedergelassen hatten, rhetorisch aus der Republik aus. Erst in den 1980er Jahren war ein Bruch in der Rhetorik der kolonialkritischen Linken zu beobachten. Nur noch einzelne Kolonialkritiker hielten am Verräter-Topos fest. Im Kontext der Debatten um die Integration der Nachkommen der aus dem Maghreb stammenden Einwanderer begann die kolonialkritische Linke die Hilfssoldaten als Opfer im Kolonialismus wurzelnder rassistischer Strukturen zu sehen, ein Motiv, das auch die Kontroversen um die Deutung des Algerienkriegs prägte.

Den Diskursen folgend, die die verschiedenen Akteure nach außen prägten, traten die kolonialbefürwortenden Akteure für eine offene Republik ein und erachteten die Hilfssoldaten ungeachtet ihrer Religion und ihres rechtlichen Status als »Français de statut de droit local« als französische Bürger, während die antikoloniale Linke ihnen zumindest vor der Unabhängigkeit Algeriens sowie in den folgenden Jahrzehnten diesen Status verwehrte. Demzufolge orientierten sich Erstere augenscheinlich an dem universalistischen Grundprinzip der Republik, während Letztere auf der Basis von Herkunft und Religion argumentierten. Der Untersuchung lag jedoch die Prämisse zugrunde, der öffentliche Diskurs sei das Ergebnis von gezieltem *agency*. Die Motive und Topoi sind demnach geprägt von den Interessen der verschiedenen Akteure, die diese innerhalb des institutionellen und sozialen Rahmens, in den sie eingebunden sind, verfolgen. Es galt somit, die Prozesse aufzuzeigen, in denen die herausgearbeiteten Motive und Topoi beeinflusst durch ein komplexes Beziehungs- und Interessensgefüge entstanden. So offenbarte sich, wie die kolonialen Akteure in ihrer Rhetorik die Hilfssoldaten als Legitimationsstrategie für die Präsenz Frankreichs in Algerien instrumentalisierten, und zwar über die Dekolonialisierung hinweg. De Gaulle selbst hatte mit seinen Reformen nie tatsächlich beabsichtigt, den Universalismus auf den kolonialen Kontext zu übertragen. Die von ihm eingeleiteten Reformen müssen vielmehr als Versuch gewertet werden, den Algerienkrieg auf politischem Wege zu entscheiden. Die systematische Rekrutierung von Hilfssoldaten und die wiederholten Ermahnungen an die Militärs, die Hilfssoldaten als »combattants à part entière« zu behandeln, lassen sich als Strategie lesen, die muslimische Bevölkerung Algeriens von der Idee des algerischen Nationalismus zu entfernen. Selbst innerhalb des Militärs setzte sich nie eine Gleichbehandlung der muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten durch.

Als de Gaulle die Unabhängigkeit Algeriens vorbereitete, warfen alle, die die Idee der *Algérie française* nicht aufgeben wollten, dem Staatspräsidenten vor, nicht nur die Hilfssoldaten und die *Algérie française*, sondern auch das universalistische Ideal verraten zu haben. Allerdings deckt die kritische Kontextua-

5. Fazit und Ausblick

lisierung ihrer Diskurse auf, wie Aktivisten der *Algérie française* sich der vordergründig universalistischen Rhetorik bedienten, um inegalitäres und teils auch rassistisches Denken und Handeln zu verschleiern. Sehr deutlich wurde dies durch die Kontextualisierung der Argumentationsmuster der extremen Rechten der Metropole. Ihre Rhetorik war deutlich von der Dichotomie zwischen dem christlich-westlichen Frankreich und der islamisch geprägten Welt geprägt, wobei sie eine kulturelle Hierarchisierung vornahm. Auch die von europäischen Siedlern proklamierte Gleichheit und Brüderlichkeit zwischen europäischer und muslimischer Bevölkerung stellte ein idealisiertes Bild einer de facto zutiefst inegalitären kolonialen Gesellschaft dar. Die muslimische Glaubenszugehörigkeit wurde im kolonialen Algerien zu einem Gruppenmerkmal, das in der Folge biologisiert und auf die muslimische Bevölkerung Algeriens angewandt wurde. Der damit definierten Gruppe wurden die Bürgerrechte vorenthalten, um die europäischen Siedler zu privilegieren. Dass die Muslime 1944 und 1958 politische Rechte erhielten, ist nicht als Abkehr von dieser Logik zu verstehen. Die Siedler unterstützten größtenteils die Reformen de Gaulles nicht, da sie bereit waren, ihre Privilegien aufzugeben. Ihre Zugeständnisse waren vielmehr als Akt der Verzweiflung zu deuten. Sie hofften, auf diesem Weg die *Algérie française* zu halten. Sie verstanden demnach die Hilfssoldaten nicht als gleichberechtigte Bürger, sondern bedienten sich dieses Topos als Legitimationsstrategie ihrer auf rassistischen Strukturen beruhenden kolonialen Herrschaft.

Vertreter des Kolonialmilitärs, insbesondere SAS-Offiziere, glaubten daran, die muslimische Bevölkerung Algeriens könne als Bürger in die Französische Republik integriert werden, und traten für das universalistische Ideal ein. Jedoch zeigte der von ihnen verfolgte Integrationsansatz, dass sie trotz ihrer universalistischen Rhetorik einem inegalitären Denken folgten. Die Dichotomie zwischen der »zivilisierten« westlichen Welt und den »archaischen« Kolonialisierten drang in dem Diskurs dieser Akteure durch. Die SAS-Offiziere gaben vor, die Muslime Algeriens gemäß dem universalistischen Verständnis der Republik assimilieren zu wollen. Allerdings offenbarten Diskurs und Handeln, dass sie die Idee der Assimilation mit der *mission civilisatrice* verwoben. Sie legten den Schwerpunkt auf das Angleichen und verstanden darunter eine kulturelle Absorption. Begründet durch die Vorstellung der zivilisatorischen Rückständigkeit der Muslime konnte ihnen zufolge eine vollkommene Gleichberechtigung erst auf den Prozess des Angleichens folgen.

Die von diesen kolonialen Akteuren geprägte Dichotomie zwischen dem »zivilisierten« Frankreich und der »archaischen« muslimischen Welt sollten Diskurs und Handlungen um die Integration muslimischer Migranten langfristig beeinflussen und zu einer Pervertierung des universalistischen Ideals führen. Zeitgleich mit der Dekolonisation stieg die Einwanderung aus dem

Maghreb an. Vom FLN über die französische Linke bis hin zur extremen Rechten bestand jedoch grundsätzliche Einigkeit darin, dass es sich bei den muslimischen Migranten aus dem Maghreb um Arbeitsmigranten handle, die wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden, also nicht integriert werden müssten. Die einzige Gruppe ehemaliger Kolonialisierter, bei der sich zu diesem Zeitpunkt die Frage der Integration stellte, waren die Muslime Algeriens, die während des Algerienkriegs auf französischer Seite gestanden hatten. Das für die demobilisierten Hilfssoldaten angewandte Integrationskonzept verdeutlichte, dass Regierung und große Teile der Gesellschaft dauerhaft die Angleichung im Sinne einer kulturellen Absorption im Umgang mit ehemals Kolonialiserten so sehr in den Vordergrund rückten, dass diese einer Gleichbehandlung dieser Bevölkerung den Weg verstellte.

Es waren insbesondere koloniale Akteure, die inegalitäre Denk- und Handlungsmuster über die Dekolonialisierung hinweg in die Französische Republik hineinbrachten und damit verantwortlich dafür waren, dass sich die Hilfssoldaten und auch die folgenden Generationen nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger fühlen sollten. Deutlich erkennbare personelle Kontinuitäten heben diese Kontinuität kolonialer Denk- und Handlungsmuster hervor. Kolonialmilitärs und repatriierte Siedler importierten die These der zivilisatorischen Rückständigkeit aus Algerien in die einstige Metropole. Sie trugen diese Denkweise nicht nur in die Öffentlichkeit hinein, sondern beeinflussten durch gezielte Lobbyarbeit auch die staatlichen Akteure, so dass sich ihr Denken auch in den Integrationspraktiken niederschlug. Begründet durch das Argument der »kulturellen Rückständigkeit« der Muslime sollten ehemalige Kolonialmilitärs sowie repatriierte Siedler den Prozess der kulturellen Angleichung steuern, weshalb sich die Hilfssoldaten und deren Familien in Frankreich in den Lagern und Walddörfern wiederfanden, die sich zu totalitären Räumen entwickelten, wo den Bewohnern grundlegende Bürgerrechte, etwa die Freizügigkeit, vorenthalten wurden. Der für die Hilfssoldaten und deren Familien verfolgte Integrationsansatz zeigt, dass für diese Akteure eine kulturelle Absorption die einzige Möglichkeit einer Integration darstellte.

Zugleich setzte sich im Kontext der zunehmenden Migration aus dem Maghreb sowohl in Verbänden der Repatriierten als auch in der extremen Rechten die These durch, eine kulturelle Vielfalt führe zur Zerstörung der »französischen Identität«. Le Pen und seine Partei prägten in den 1980er Jahren den Begriff der *libanisation* Frankreichs. Dahinter verbarg sich die Idee, eine friedliche Koexistenz verschiedener Kultur- und Religionsgemeinschaften in einem Land sei nicht möglich, sondern führe zu Chaos. Diese Rhetorik folgte der Logik des differentialistischen Rassismus. Aufgrund von zu großen unterstellten Differenzen plädierte man für die Ausgrenzung einer bestimmten Gruppe. Der FN bediente sich seit den 1980er Jahren dieser Rhetorik, um gegen den Bau

5. Fazit und Ausblick

von Moscheen zu demonstrieren und den Islam als ein für die Französische Republik fremdes Element zu stigmatisieren. Mit dem Vorwurf der zu großen kulturellen Differenz plädierte die Partei ebenso wie Repatriiertenverbände für eine Begrenzung der Migration aus dem Maghreb. Hinter dieser Rhetorik verbarg sich auch die Logik des Revanchismus. Aus dem Gefühl der Erniedrigung heraus, aus Algerien vertrieben worden zu sein, resultierte bei einstigen Aktivisten der *Algérie française* ein Hass auf die muslimische Bevölkerung insbesondere aus Algerien, was der eigentliche Grund dafür war, dass sie den Ausschluss maghrebinischer Migranten aus der französischen Nation forderten. Die muslimischen Repatriierten gehörten für diese Akteure nicht zu der Gruppe der maghrebinischen Migranten. Sie unterstellten den muslimischen Repatriierten einen Willen zur Assimilation im Sinne einer vollständigen kulturellen Absorption. Als Beweis für diesen Willen zur Assimilation bemühte die extreme Rechte das Motiv einer bewussten Entscheidung aller muslimischer Repatriierten für Frankreich. Um gegen den Islam und gegen das vermeintlich drohende kulturelle Chaos in Frankreich vorgehen zu können, setzten diese Aktivisten in einer Dichotomie den scheinbar assimilationswilligen muslimischen Repatriierten die scheinbar assimilationsunwilligen Arbeitsmigranten aus dem Maghreb entgegen. Sie instrumentalisieren die vermeintliche Assimilationsbereitschaft der muslimischen Repatriierten, um ihr rassistisches Denken hinter einer scheinbar universalistischen Rhetorik zu verschleiern. Sie stilisierten die muslimischen Repatriierten inklusive der »harkis« zum Sinnbild einer gelungenen Integration nach universalistischem Ideal, um so ihrer Forderung nach Ausgrenzung einer von ihnen ausgemachten Gruppe mehr Gewicht zu verleihen. Die geforderte Exklusion richtete sich jedoch entgegen der Rhetorik dieser Akteure auch gegen die Hilfssoldaten und deren Nachkommen. Wenn sie auch auf der Ebene des Diskurses zwischen muslimischen Repatriierten und algerischen Arbeitsmigranten unterschieden, so erschwerten sie doch auch für alle muslimischen Repatriierten das Ausleben ihrer Religion und ihrer Kultur, die für die meisten unter ihnen von großer Bedeutung blieben. Da zudem äußere Merkmale zur Konstruktion der Gruppe »Araber« genutzt wurden, wurden auch ehemalige Hilfssoldaten, deren Familienangehörige und Nachfahren Opfer des von Aktivisten der *Algérie française* befeuerten antimuslimischen Rassismus.

Auch in der Erinnerungspolitik schlugen sich die vordergründig mit dem Universalismus begründeten Exklusionsstrategien nieder. Die kontroversen Deutungen des Algerienkriegs zeigten die differentialistische Realität der französischen Gesellschaft auf, die dem universalistischen Nationenverständnis widersprach. Staatspräsident Chirac war dennoch bemüht, über den Weg der Gesetzgebung ein nationales Gedenken zu etablieren. Trotz seiner Bemühungen, sich am universalistischen Ideal zu orientieren, offenbarte sich, dass auch

er als ehemaliges Mitglied des Kolonialmilitärs Erinnerungsträger war. Er gab dem Druck der Repatriiertenverbände nach, die durch gezielte Lobbyarbeit versuchten, ihre Deutung der Vergangenheit zu kollektiven Erinnerungen der Nation umzudeuten. Auf diese Art und Weise wurden die Hilfssoldaten auch auf der Erinnerungsebene instrumentalisiert, um das Bild einer nach dem universalistischen Ideal ausgerichteten kolonialen Gesellschaft in Algerien zu zeichnen und die tatsächlich dort vorherrschenden rassistischen Strukturen zu verschleiern. Das staatliche Gedenken, das auf diesem Wege fixiert wurde, war so formuliert, dass die Bevölkerung aus den ehemaligen Kolonien, auch ausdrücklich die Töchter von Hilfssoldaten, sich darin nicht wiederfinden konnten, wodurch das universalistische Ideal auch auf der Ebene der Erinnerungen zur Exklusion führte.

Ein Großteil der Intellektuellen, die im Algerienkrieg den FLN unterstützten, gehörte einer Generation an, die in Kindheit und Jugend von den Erfahrungen der Deutschen Besatzung geprägt worden war, woraus eine Sensibilisierung für systematische Ausgrenzung und Ungleichbehandlung resultierte. Dennoch wussten sie den Exklusionsmechanismen, von denen die Hilfssoldaten in der Republik betroffen waren, lange nichts entgegenzusetzen. Sie werteten die französische Präsenz in Algerien als Unterdrückungssystem und somit als Bruch mit dem Universalismus. Aus diesem Bewusstsein heraus resultierte die Motivation, den FLN auf verschiedenen Wegen in seinem Unabhängigkeitskampf zu unterstützen. Ihr Ziel war es, den auf den Ideen der Aufklärung und auf der Erklärung der Menschenrechte basierenden Republikanismus zu verteidigen. Dieses Interesse führte zu einer Verzerrung der Sichtweise auf die Hilfssoldaten. Das Verräter-Motiv war vom FLN geprägt, der diese Darstellung nutzte, um seinen Alleinvertretungsanspruch zu unterstreichen und zugleich die französische Öffentlichkeit zu beeinflussen. Der FLN bewegte sich während des Krieges in seinem Diskurs je nach Kontext zwischen einer Fraternalisierungskampagne und einer rigorosen Verurteilung der »harkis«. Gegenüber der französischen Öffentlichkeit griff er zu dem Motiv der klaren Verurteilung und lenkte den Fokus auf die von den Hilfssoldaten ausgehende Gewalt. Akteure der kolonialkritischen Linken spitzten dieses Bild des Verräters nicht nur zu, sondern rückten das Motiv der Gewalt so sehr ins Zentrum ihres Diskurses, dass rassistische Denkmuster erkennbar wurden. Die Beschreibung der von den »harkis de Paris« ausgehenden Gewalt war gezeichnet von der Dichotomie zwischen dem Bild des »zivilisierten« Frankreichs und der »barbarischen« Muslime. Linke Intellektuelle zeigten, dass sie sich selbst als Bürger der aufgeklärten in Abgrenzung zu der »archaischen« und »barbarischen« muslimischen Welt verstanden. Sowohl den Verräter-Topos als auch die rassistischen Denkmuster trugen Vertreter der kolonialkritischen Linken über die Dekolonisation hinaus in die Debatten um Integration der »harkis« hinein.

5. Fazit und Ausblick

Verschwinden sollten beide Motive erst in den 1980er Jahren, als begründet durch generationelle Brüche die Grenzen zwischen Hilfssoldaten und algerischen Einwanderern zu verschwimmen begannen. Als durch die Generation der *beurs* sichtbar wurde, dass sich nicht nur die muslimische Elite und die ehemaligen Hilfssoldaten mit deren Familien, sondern auch die bis dahin als Arbeitsmigranten deklarierten Maghrebener dauerhaft in Frankreich niedergelassen hatten, beschäftigten sich auch die Linken erstmals mit der Frage der Integration der muslimischen Migranten. Aus der einstigen Solidarität mit den dennoch als fremd charakterisierten Arbeitsmigranten erwuchs nun das Bewusstsein, deren Kultur und damit auch der Islam gehöre zu Frankreich. Betrachtet man das so entstehende Verständnis von Assimilation unter dem Fokus der von Brubaker vorgenommenen Differenzierung, ist Folgendes zu erkennen: Das Prinzip des Angleichens rückte zugunsten der Gleichbehandlung in den Hintergrund. Die sozialistische Regierung unter der Führung von Staatspräsident Mitterrand versuchte, die Gleichbehandlung durch Anerkennung der kulturellen und religiösen Differenzen zu erreichen, was in die kurzzeitig durchgeführte differentialistische Wende mündete. Der Islam wurde nicht mehr als fremd betrachtet, sondern als Teil der Republik. Da die Generation der *beurs* gemeinsam mit Kindern ehemaliger Hilfssoldaten auftrat, ging mit diesem Wandel auch eine Annäherung kolonialkritischer Intellektueller an die Gemeinschaft der »harkis« einher. Lediglich einzelne Vertreter der Intellektuellen hielten an dem vom FLN geprägten Bild des Verräters fest und thematisierten die Hilfssoldaten ausschließlich als Täter. Mehrheitlich sahen nun auch Vertreter der kolonialkritischen Linken die »harkis« als Teil der aus dem Maghreb stammenden muslimischen Gemeinde Frankreichs, für die es in der Französischen Republik Gleichberechtigung zu erkämpfen galt.

Der Bruch mit dem Verräter-Topos führte dazu, dass nur einzelne Vertreter der kolonialkritischen Linken dieses Motiv in die Erinnerungspolitik hineinbrachten. Vielmehr schlossen sie die ehemaligen Hilfssoldaten in die Opfergemeinschaft der ehemals Kolonialisierten ein, deren Deutung der Vergangenheit es zu beachten gelte, um ihnen eine Identifikation mit der Republik zu ermöglichen. In den Diskursen während des Algerienkriegs hatte die Linke die Hilfssoldaten überwiegend als Täter thematisiert, um den Unabhängigkeitskampf des FLN zu unterstützen und damit den Kolonialismus, der in ihren Augen mit dem Republikanismus unvereinbar war, zu überwinden. Die »harkis« wurden nun zu Opfern, zu Opfern des Kolonialsystems. Kolonialkritiker nutzten die Diskurse um die Hilfssoldaten, um das Kolonialsystem sowie postkoloniale Mechanismen zu kritisieren und die Unvereinbarkeit von Kolonialismus und Universalismus zu betonen.

Die von den von verschiedenen Interessens- und Beziehungskonstellationen einzelner Gruppenakteure geprägten Topoi verzerrten die Darstellung der

Hilfssoldaten und versperrten den Blick auf deren Selbstwahrnehmung. Nicht nur die Annäherung an die Selbstwahrnehmung der Hilfssoldaten und auf der diachronen Ebene auch an die Selbstwahrnehmung ihrer Kinder, sondern auch die Untersuchungen zur muslimischen Elite zeigten, wie sehr die Debatten um Integration sowohl im kolonialen Kontext als auch in Frankreich nach 1962 an den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen vorbezielten. Die muslimische Elite verstand sich selbst als Bürger der Französischen Republik und bekannte sich mit aller Deutlichkeit zu den Werten der Republik. Eine Assimilation im Sinne einer kulturellen Absorption lehnten die Akteure der muslimischen Elite jedoch mit der gleichen Deutlichkeit ab. Die Zeit der französischen Präsenz in Algerien verstanden sie als eine Phase der gegenseitigen kulturellen Aneignungen und zogen daraus die Konsequenz, der Islam gehöre zur Französischen Republik. Sie bildeten hybride Denk- und Handlungsmuster aus ihrer arabisch- beziehungsweise berberisch-islamischen Prägung sowie ihrer französischen Sozialisation heraus, die unter anderem in der Idee eines »islam de France« mündeten. Sowohl im kolonialen Kontext als auch über die Zeit der Dekolonisation hinaus sahen sie sich trotz ihrer privilegierten Position mit rassistischen Strukturen konfrontiert, die sie in erster Linie mit einer mangelnden Akzeptanz gegenüber ihrer Kultur und Religion erklärten. Sie griffen jedoch auch auf einen revanchistischen Diskurs als Erklärungsmodell zurück und forderten eine Besserstellung gegenüber den Einwanderern aus dem Maghreb, was sie mit dem Motiv des »Français par le sang versé« erklärten.

Dieses revanchistische Erklärungsmodell sollten die Kinder ehemaliger Hilfssoldaten in den 1980er Jahren deutlich von sich weisen. Während sich die Positionierung der Nachkommen der Hilfssoldaten deutlich nachzeichnen lässt, waren die Selbstbilder sowie die Interessen und Ziele der Hilfssoldaten selbst deutlich schwerer zu fassen. Dies gilt insbesondere für die Zeit während des Algerienkriegs. Da die Hilfssoldaten überwiegend Analphabeten waren und sich in einer prekären sozialen Situation befanden, beteiligten sie sich selbst kaum an den Debatten. Gleichwohl konnten ihre Ziele, Interessen und zum Teil auch ihre Selbstbilder in Bezug auf die Integration in Ansätzen rekonstruiert werden. Entgegen dem Diskurs der kolonialen Akteure war das Engagement der Hilfssoldaten nicht als ideologisches Bekenntnis für die *Algérie française* zu werten. Vielmehr resultierte ihr Engagement daraus, dass es zwar dem französischen Verwaltungsapparat nicht gelungen war, die ländlichen Gebiete Algeriens zu durchdringen und den Herrschaftsanspruch dort zu sichern, der FLN mit seiner Idee des Nationalismus jedoch auch nicht. Teile der muslimischen Bevölkerung Algeriens sahen sich in einen Krieg hineingezogen, dessen Bedeutung und Zielsetzung sie nicht verstanden. Dementsprechend war auch die Entscheidung, mit der Unabhängigkeit Algeriens nach Frankreich zu gehen, nicht als Bekenntnis zur Französischen Republik zu werten. In Frankreich angekom-

5. Fazit und Ausblick

men, zogen sich die demobilisierten Hilfssoldaten weitgehend in ein inneres Exil und ein Schweigen zurück. Obgleich viele ehemalige Hilfssoldaten auch innerhalb Frankreichs zumindest direkt nach dem Krieg Repressalien durch den FLN fürchteten und noch lange Zeit später von der algerischen Seite als Verräter diffamiert wurden, hofften viele auf eine Rückkehr nach Algerien. Sie litten unter der Entmündigung der Lager und Walddörfer und verknüpften dieses Gefühl mit ihrem Exilstatus. Algerien blieb für sie die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens, während sie in Frankreich nur wenige Chancen auf ein solches Leben sahen. Anders als die muslimische Elite nutzten sie ihr Engagement in der französischen Armee und ihre französische Staatsbürgerschaft kaum, um gegen die Entmündigung einzutreten und Forderungen an den französischen Staat zu stellen.

Ein Wandel in diesem Selbstbild lässt sich erst mit der zweiten Generation erkennen. Die Konturen der Gruppe der »harkis« waren immer schwerer auszumachen. Als Jean Servier im Jahr 1970 den Auftrag erhalten hatte, die Gruppe der ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familienangehörigen zahlenmäßig zu erfassen, hatte er die Gruppe der *Français musulmans* definiert und damit alle französischen Staatsbürger muslimischen Glaubens zusammengefasst. Dies zeigt die Schwierigkeiten, die Gruppe der »harkis« zu diesem Zeitpunkt klar zu fassen. Den *Français musulmans* mussten seit den 1980er Jahren auch maghrebische Migranten zugerechnet werden, die ebenfalls über die französische Staatsbürgerschaft verfügten. Als die ehemaligen Hilfssoldaten sich mit ihren Familien nach der Schließung der Lager und Walddörfer in den französischen Vorstädten niederließen, gingen ihre Kinder zunehmend in der Gemeinschaft der dort lebenden Nachkommen von Einwanderern verschiedener Herkunft auf. Diese Gemeinschaft war in erster Linie durch das Stigma der sozialen Desintegration geprägt. Sie sahen sich in der französischen Gesellschaft nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt. Die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten bildeten hybride Identitäten heraus, die wesentlich von Ausgrenzungserfahrungen geprägt waren und ein Gemeinschaftsgefühl mit Nachkommen von Einwanderern verschiedener Herkunft implizierten. Teil dieser hybriden Identitäten war jedoch auch das Selbstverständnis, als französische Staatsbürger einen Anspruch auf Gleichberechtigung im universalistischen Sinne zu haben.

Trotz der Gemeinsamkeiten mit den Einwanderern der zweiten Generation zogen 1991 Kinder ehemaliger Hilfssoldaten durch Aufstände die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich und forderten, als Gruppe der »harkis« der zweiten Generation mit ihren eigenen Problemen und ihrer eigenen Identität anerkannt zu werden. Diese »harkis« der zweiten Generation räumten der Erinnerungspolitik eine wichtige Rolle in ihrer Identitätsfindung im Rahmen der Französischen Republik ein. Sie forderten von staatlichen Repräsentanten

eine Entschuldigung, um sich mit der Republik identifizieren zu können und sich als gleichberechtigte Bürger anerkannt fühlen zu können. Erst die Anfang des 21. Jahrhunderts in den Vordergrund tretenden Töchter ehemaliger Hilfssoldaten verlangten jedoch eine Entschuldigung im Rahmen eines postkolonialen Gedenkens und forderten, die Hilfssoldaten als Kolonialisierte und somit als Opfer des französischen Kolonialismus anzuerkennen. Sie zeigten mit dieser Vergangenheitsdeutung, dass sie sich als französische Staatsbürger verstanden, jedoch auch ihren algerischen Wurzeln, von denen sie sich durch die anhaltende Verurteilung von staatlich-offizieller Seite abgeschnitten fühlten, Bedeutung einräumten. Mit aller Deutlichkeit verwehrten sie sich der von Aktivisten der *Algérie française* durchgesetzten Vergangenheitsdeutung und verlangten, die in der Kolonialzeit begründeten rassistischen Strukturen aufzuzeigen, mit denen sie sich ebenso wie die Einwanderer der zweiten Generation konfrontiert gesehen hätten. Sie fühlten sich eben nicht als »Français à part entière« in Frankreich anerkannt, sondern deuteten wie auch die kolonialkritische Linke den Kolonialismus als Bruch mit dem universalistischen Ideal der Republik.

Die Auseinandersetzungen um den Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005, mit dem die einstigen Akteure der *Algérie française* ihr idealisiertes Bild des Kolonialismus durchsetzten, zeigen, wie staatliche und gesellschaftliche Akteure sich bemühten, den Kolonialismus in Einklang mit der Idee des Universalismus zu bringen. Die Kolonialzeit in Algerien wurde nicht als Verbrechen, sondern als *mission civilisatrice* gedeutet. Der Kolonialismus kann im Gegensatz zur Vichy-Vergangenheit nicht als kurzzeitiger Bruch mit dem universalistischen Ideal gewertet werden. Die Kolonialzeit dauerte nicht nur zu lange an, sie wurde auch mit dem universalistischen Ideal legitimiert. Die von Constantini aufgestellte These, die Idee der Assimilation sei im Kolonialismus mit der *mission civilisatrice* verwoben worden und habe die Idee der Assimilation nachhaltig beeinflusst, kann am Beispiel der »harkis« bestätigt werden³. Die Untersuchungen zu den »harkis«, einer sehr speziellen Gruppe ehemals kolonialisierter Muslime aus dem Maghreb, zeigten, wie die von Brubaker dargestellte Zweiwertigkeit der Assimilation durch den Kolonialismus verloren ging. Die in Kolonialismus wurzelnde Vorstellung von der Rückständigkeit der muslimischen Bevölkerung des kolonialisierten Maghrebs lieferte die Grundlage für die Idee, die Angleichung in Form einer möglichst vollständigen kulturellen Absorption sei Voraussetzung für die Gleichbehandlung dieser Bevölkerung. Dadurch wurde einer vordergründig durch ihre Religion charakterisierten Gruppe mit dem Argument der kulturellen Inkompatibilität trotz ihrer französischen Staatsbürgerschaft die Gleichberechtigung verwehrt. Aus dieser Perspektive betrachtet blieben die »harkis« also »éternel[s] colonisé[s]«, wie

3 CONSTANTINI, *Mission civilisatrice*.

5. Fazit und Ausblick

Kerchouche als Tochter eines Hilfssoldaten es formulierte, obgleich viele koloniale Akteure sie im öffentlichen Diskurs als »Français à part entière« bezeichneten⁴.

Es waren koloniale Akteure, die diese Sichtweise und somit im Kolonialismus begründete, inegalitäre Denk- und Handlungsmuster über die Dekolonialisierung hinweg in die Französische Republik hineintrugen. Gleichzeitig schienen sich kolonialkritische Akteure zunehmend von dem Prinzip der Assimilation zu distanzieren und sich an der Idee des Differentialismus zu orientieren. Dies lässt sich jedoch auch als ein Festhalten am Prinzip der Assimilation mit einer anderen Schwerpunktsetzung bezeichnen. Für diese Akteure stand die Gleichbehandlung und weniger die Angleichung im Zentrum. Sie verstanden den Kolonialismus als Bruch mit dem Prinzip der Gleichbehandlung. Folglich setzten sie den Akzent auf die Gleichbehandlung und koppelten diese von der Idee der Angleichung ab. Dies begründet den Versuch einer differentialistische Wende Anfang der 1980er Jahre, mit der sich die sozialistische Partei mit Unterstützung kolonialkritischer und antirassistischer Intellektueller dafür einsetzte, die kulturellen und religiösen Differenzen der hauptsächlich aus dem Maghreb stammenden muslimischen Bevölkerung anzuerkennen und somit auch den Islam als zur Französischen Republik zugehörig zu verstehen.

Die versuchte differentialistische Wende stellte aus der Sicht der muslimischen Repatriierten einen wichtigen Schritt zur Gleichbehandlung dar. Die damit verbundene Position, der Islam gehöre zu Frankreich, erfüllte eine Forderung, die die muslimische Elite seit der Unabhängigkeit Algeriens erhob und die seit den 1980er Jahren auch von den Nachkommen ehemals Kolonialisierter, auch von den »harkis« der zweiten Generation, zu hören war. Diese Akteure verlangten mit ihren hybriden Identitäten, die sich unter anderem in der Herausbildung eines »islam de France« zeigten, als Bürger Frankreichs anerkannt zu werden. Allerdings erhob sich gegen diese Forderung breiter Widerstand. Das Erstarken des FN in den 1980er Jahren sollte dazu führen, dass die differentialistische Wende lediglich ein kurzes Experiment blieb. Nicht nur der FN hielt über die Kolonialzeit an der Idee der *mission civilisatrice* als einseitige Zivilisierung der als kulturell und zivilisatorisch rückständig charakterisierten Kolonisierten fest. Um den Kolonialismus zu legitimieren, verschleierten koloniale Akteure rassistische Denk- und Handlungsmuster hinter einer universalistischen Rhetorik, wodurch sie das Ideal der assimilatorischen Republik dauerhaft pervertierten. Diese Veränderung begründet im Kern bis heute die Identitätskrise der Französischen Republik in Bezug auf den republikanischen Universalismus. Es findet ein Widerstreit zwischen jenen statt, die unter Assimilation eine kulturelle Absorption verstehen, und jenen, die die Gleichbehand-

⁴ KERCHOUCHE, *Mon père*, S. 144.

lung in den Vordergrund rücken und für die Akzeptanz hybrider Identitäten eintreten.

Noch immer stellen Hilfssoldaten und ihre Nachkommen ihren Status als »Français à part entière« in Frage. Sie verfügen über die französische Staatsbürgerschaft, verstehen sich selbst als Bürger der Französischen Republik, stellen jedoch aufgrund ihrer Geschichte und da sie mit ihren hybriden Identitäten in Frankreich keinen Platz finden, das universalistische Ideal in Frage. Für die »harkis« war eine offizielle Entschuldigung vonseiten der Republik eine Möglichkeit, sich wieder mit der Republik identifizieren zu können und ihren Platz darin zu finden. Einige Hilfssoldaten und deren Nachkommen hatten bereits die Worte und Gesten Chiracs 2001 als eine solche Entschuldigung gewertet. Andere sahen darin nur einen Versuch, sie als Wahlvolk zu instrumentalisieren, oder zeigten sich unzufrieden mit den entschuldigenden Gesten. Chirac hatte als Staatspräsident die offizielle Aufarbeitung der Geschichte der Hilfssoldaten auf die Tagesordnung gesetzt, die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um die »harkis« endeten jedoch nicht mit dem Ende seiner Präsidentschaft.

Marine Le Pen knüpfte, nachdem sie die Parteispitze des FN übernommen hatte, nahtlos an den Diskurs ihres Vaters zu den Hilfssoldaten an und tritt bis heute als Interessensvertretung der Hilfssoldaten auf. Sie nutzte im Jahr 2012 die alljährliche Journée nationale d'hommage aux harkis, um an einem besonders symbolträchtigen Ort zu verdeutlichen, dass sie in diesem Punkt das Erbe ihres Vaters antrat. Sie begab sich an die kurz zuvor eingeweihte Gedenkstätte im ehemaligen Lager von Rivesaltes und verkündete: »La seule responsable politique à parler régulièrement des harkis, c'est moi«⁵. Mit diesen Worten reagierte sie auf die Rede, die Staatspräsident Nicolas Sarkozy im April 2012 an eben diesem symbolträchtigen Ort gehalten hatte. Sarkozy hatte betont, Frankreich müsse sich in Bezug auf die »harkis« der Verantwortung der Geschichte stellen⁶. Allerdings äußerte er dies mitten im Wahlkampf, weshalb seine Worte nicht als Entschuldigung, sondern in erster Linie als Wahlkampfmanöver wahrgenommen wurden⁷.

Sarkozys Nachfolger im Amt, François Hollande, nutzte 2016 den alljährlichen Gedenktag am 25. September, um seinerseits »les responsabilités des gouvernements français dans l'abandon des harkis« anzuerkennen⁸. Mit diesen

5 Zitiert nach: Marine Le Pen pour les harkis et leur présence dans les livres d'Histoire, in: Midi libre, 25.9.2012.

6 Sarkozy reconnaît la »responsabilité historique« de la France dans »l'abandon« des harkis, in: Le Monde, 15.4.2012.

7 Ibid.

8 Zitiert nach: Hollande reconnaît »les responsabilités des gouvernements français dans l'abandon des harkis«, in: Le Monde, 26.9.2012.

5. Fazit und Ausblick

Worten erfüllte er in mehreren Punkten Forderungen der »harkis«. Ausdrücklich benannte er die Verantwortung der »gouvernements français«. Damit bezog er sich nicht nur auf den *abandon* nach dem Ende des Krieges, sondern auch auf den *second abandon*. Er machte die nachfolgenden Regierungen für die Fehler in der Integrationspolitik und für das Abweichen vom republikanischen Assimilationismus verantwortlich. Doch auch mit diesen Worten konnte er nicht dazu beitragen, dass sich »harkis« mit der Republik versöhnten. Zu sehr deuteten Beobachter auch seine Geste als wahltaktisches Manöver. Er hatte eine solche Geste als Antwort auf Sarkozys Bemühungen bereits im Wahlkampf 2012 angekündigt und führte sie zu dem Zeitpunkt aus, als er erneut gegen Sarkozy in den Präsidentschaftswahlkampf zog⁹.

Emmanuel Macron folgte seinem Beispiel und erkannte die Schuld der politischen Verantwortlichen an, er ging jedoch noch weiter. Er ernannte darüber hinaus 37 ehemalige Hilfssoldaten und deren Nachkommen zu Ehrenlegionären und würdigte sie somit ausdrücklich als Soldaten Frankreichs. Zudem versprach er den »harkis« insgesamt 40 Millionen Euro¹⁰. Macrons erinnerungspolitisches Vorgehen bezüglich des Algerienkriegs wird als eine »Politik der Gleichzeitigkeit« charakterisiert. Er versucht mit vielen kleinen Gesten alle erinnerungspolitischen Akteure zugleich zufriedenzustellen¹¹. Bereits im Wahlkampf hatte er den Kolonialismus als »crime contre l'humanité« bezeichnet und damit alle Akteure, auch Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, zufriedengestellt, die den Kolonialismus als Bruch mit dem Republikanismus deuten¹². Mit der Ehrung der Hilfssoldaten betätigte er wiederum das Bild der »harkis« als »treue Soldaten Frankreichs«, das auch von Hilfssoldaten, insbesondere jedoch bis heute von Aktivisten der *Algérie française* bedient wird. Er suchte damit auch diejenigen zu besänftigen, die er zuvor vor den Kopf gestoßen hatte. Die Gemeinschaft der »harkis« zeigte sich jedoch auch von Macrons Gesten nicht beeindruckt. Sie kamen zu spät und waren zu sehr mit wahltaktischen und realpolitischen Überlegungen verknüpft¹³.

Von größerer Bedeutung war für die »harkis« ein Urteil des obersten französischen Gerichts vom Oktober 2018. Der Sohn eines ehemaligen Hilfssoldaten, selbst 1963 in dem Lager in Rivesaltes geboren, hatte bereits vor mehreren Instanzen geklagt, um durch die Justiz die Verantwortung des französischen Staates für den *abandon* nach dem Ende des Krieges sowie für seine geschei-

⁹ Ibid.

¹⁰ Nadia PANTEL, Frankreichs Fehler, in: Süddeutsche Zeitung, 26.9.2018.

¹¹ Ibid.

¹² En Algérie, Macron qualifie la colonisation de »crime contre l'humanité«, tollé à droite, in: Le Monde, 16.2.2017.

¹³ Nadia PANTEL, Frankreichs Fehler, in: Süddeutsche Zeitung, 26.9.2018.

terte Integration in Frankreich festschreiben zu lassen. Nachdem diese Klage mehrmals abgewiesen worden war, gab ihm das oberste französische Gericht zumindest in Teilen Recht. Das Gericht weigerte sich, ein Urteil über die Geschehnisse 1962 zu fällen. Dies liege nicht in seinem Aufgabenbereich, ließ es verlauten. Allerdings sprach das Gericht die damaligen Regierungen schuldig, den »harkis« und deren Familien einen unwürdigen Empfang bereitet zu haben. Im konkreten Fall sprach es den Regierenden die Verantwortung dafür zu, dass der Sohn eines Hilfssoldaten später mit gesundheitlichen und psychischen Problemen zu kämpfen gehabt habe. Außerdem habe er in dem abgechiedenen Lager nur schlecht Französisch gelernt, wodurch er in seiner sozialen und wirtschaftlichen Integration behindert wurde¹⁴. Ohne Erklärungsansätze zu liefern, erkannte die oberste richterliche Instanz der Republik damit indirekt die Integrationspolitik gegenüber den »harkis« als Bruch mit dem republikanischen Integrationsgedanken an. Den Assimilationsgedanken so zu interpretieren, wie es von Politik und kolonialen Akteuren gehandhabt wurde, ist diesem Urteil nach nicht mit den Werten und Normen der Republik in Einklang zu bringen. In der Republik darf eine unter Kontrolle und Zwang durchgeführte kulturelle Absorption einer Gleichbehandlung und einer Ausstattung mit allen Bürgerrechten nicht vorangestellt werden.

Auch wenn das Gericht dem Kläger weitaus weniger Reparationszahlungen zusprach, als dieser erhofft hatte, hat dieses Urteil eine große Symbolwirkung. Der Vorsitzende des Verbandes Coordination harka dans le Gard erklärte im Januar 2019, bereits 283 weitere Klagen gesammelt zu haben. Für die Kläger ist das Urteil von Bedeutung, um sich mit der Republik zu versöhnen. Die Tochter eines Hilfssoldaten äußerte sich zu der von ihr eingereichten Klage mit den Worten: »Je suis fière d'être française et fille de harki, mais je ne suis pas fière de ça«¹⁵. Eindeutig fühlt sie sich als Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten mit ihren hybriden Identitäten der Republik zugehörig. Sie sieht jedoch den Umgang mit den Hilfssoldaten klar als Bruch mit dem universalistischen Ideal der Republik an. Eine richterlich verhängte Entschädigungszahlung wäre für sie, wie für viele andere »harkis«, nicht nur eine weitere Geste. Es wäre der tatsächliche Beweis, dass was den »harkis« in Frankreich widerfahren ist, nicht in Einklang mit den Werten der Republik zu bringen, sondern als klare Normabweichung zu verstehen ist.

14 Responsabilité de l'État concernant les conditions de vie réservées aux familles de harkis, <http://www.conseil-etat.fr/actualites/actualites/responsabilite-de-l-etat-concernant-les-conditions-de-vie-reservees-aux-familles-de-harkis> (24.02.2020).

15 Les enfants de harkis du camp de Saint-Maurice-l'Ardoise réclament justice, in: Le Parisien, 10.1.2019.